

Sparda-Bank Berlin eG Geschäftsjahr 2021

Inhalt

- 03 – Lagebericht**
- 15 – Bericht des Aufsichtsrats**
- 16 – Jahresbilanz**
- 18 – Gewinn- und Verlustrechnung**
- 19 – Anhang**
- 27 – Anlage**
- 28 – Bestätigungsvermerk**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 der Sparda-Bank Berlin eG

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Berlin eG wurde am 22.05.1990 in Berlin gegründet. Sie ist ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes in Form einer eingetragenen Genossenschaft. Der Geschäftsbetrieb umfasst Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen nach §32 KWG.

Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. In 61 Filialen und 18 Selbstbedienungsstellen sowie in umfangreichen direkten telefonischen und digitalen Kommunikationswegen haben wir den Anspruch an eine ganzheitliche finanzielle Beratung unserer Kundinnen und Kunden sowie die Förderung unserer Mitglieder. Schwerpunkte unserer individuellen Beratung sind die Immobilienfinanzierung und die Altersvorsorge.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (213 Vertreter), der Aufsichtsrat (zwölf Mitglieder, davon vier Arbeitnehmervertreter) und der Vorstand (drei Vorstandsmitglieder).

2 Wirtschaftliche Entwicklungen

2.1 Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft auf Erholungskurs

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten Konjunkturreinbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 %, nachdem es 2020 um 4,6 % zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Pandemiefolgen belasten noch immer

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Corona-Wellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsen die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Stagnation des Privatkonsums

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen ab dem Sommer und den durch Impfungen wie auch Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht lediglich um 0,1 % zulegen. Im Jahr 2020 waren die privaten Konsumausgaben um 5,9 % eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen erneut zu, nicht zuletzt auch wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,1 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Investitionsklima stabilisiert sich

Angesichts des verbesserten globalen Konjunkturumfelds, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der insgesamt nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen mit anhaltend niedrigen Zinsen erhöhten sich die Bauinvestitionen, deren langjähriger Aufwärtstrend sich abgeschwächt fortsetzte (+0,7 % nach +2,5 % im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld Rückenwind erfuhr. Alles

in allem blieben die Investitionsausgaben etwas hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfach erfolgten Abbaus von pandemiebedingten Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar zu. Eine Ausnahme bildete allerdings der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich, der sich wegen des zum Jahresanfang vollzogenen Brexits vergleichsweise schwach entwickelte. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,9 %) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+9,3 %) lieferte der Außenhandel rechnerisch einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wiedererlangt werden.

Staat erneut mit hohem Finanzierungsdefizit

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie beispielsweise die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag lag bei 132,5 Mrd. EUR, was 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 % auf 5,7 %. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommer, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Kräftiger Anstieg der Inflationsrate

Nach vielen Jahren moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 % im Januar auf 5,3 % im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 % und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 % gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Umsatzsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Lieferengpässe in globalen Wertschöpfungsketten

diverser Industrien sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

3 Finanzmärkte

Corona, Materialengpässe und Inflation treiben die Märkte

Der Verlauf der Corona-Pandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der Finanzmärkte. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich – ebenso wie zum Jahresende. Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus optimistisch. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Belebung der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen. Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich an. Neben den Materialengpässen waren hierfür u. a. steigende Energiepreise verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte dann die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

Fed bereitet sich auf Zinswende vor

In den USA zeigte sich die Konjunktur robust, auch unter dem Einfluss des massiven, rund 2 Bio. US-Dollar schweren Konjunkturpakets des neuen Präsidenten Joe Biden. Gleichzeitig stieg die Inflation an und bewegte sich ab dem Frühjahr oberhalb der Marke von 5,0 %. Sie erreichte im Dezember mit 7,0 % ihr höchstes Niveau seit Anfang der 1980er Jahre. Der Anstieg wurde zwar zum Teil durch vorübergehende Sonder- und Basiseffekte verursacht, mehr und mehr setzte sich aber die Erwartung durch, dass die Inflation auch im Jahr 2022 hoch bleiben würde. Im November beschloss der Offenmarktausschuss der Fed, das monatliche Nettokaufvolumen an Anleihen von 120 Mrd. US-Dollar um monatlich 15 Mrd. US-Dollar zu vermindern (Tapering), wobei die Notenbank ein flexibles Vorgehen entsprechend dem konjunkturellen Umfeld ankündigte. Bei einer gleichmäßigen Rückführung wären die Neukäufe von Anleihen Mitte 2022 ausgelaufen. Aufgrund der gestiegenen Inflationsrisiken legte die Fed aber bereits im Dezember nach und beschloss einen schnelleren Aus-

stieg aus den Nettoanleihekäufen als noch im November. Ab Januar 2022 sollen nun die Käufe um 30 Mrd. US-Dollar verringert werden, sodass sie im März 2022 auslaufen dürften. Die Leitzinsen ließ die Fed unverändert. Allerdings deuten die Zinsprognosen der Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums im Mittel auf ein Leitzinsniveau von 1,6 % im Jahr 2023 und 2,1 % im Jahr 2024 hin und lassen somit mehrere Zinsschritte im Jahr 2022 als wahrscheinlich erscheinen.

EZB hadert mit Inflationsgefahren

Die EZB hat ihren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und die im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP.

Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der 2 %-Marke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 % in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB-Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern sollen. Ein Enddatum für das Programm wurde nicht beschlossen. Eine Zinserhöhung im Jahr 2022 wurde von EZB-Präsidentin Christine Lagarde als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet. Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2,0 % an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von knapp zwei Prozent formuliert worden.

Anleiherenditen im Aufwärtsgang

Die Entwicklungen rund um die Pandemie waren für die Anleihemärkte im Jahr 2021 ein zentraler Treiber. In Phasen erhöhter Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und damit verbundene Belastungen der Konjunktur stiegen die Kurse und entsprechend fielen die Renditen. Umgekehrt sanken die Kurse, wenn sich die Perspektiven aufhellten. Gleichzeitig sorgten die Anleihekäufe der EZB im Rahmen des seit 2014 bestehenden Programms APP und des Pandemie-Notfallanleihekaufprogramms PEPP durchgängig für Abwärtsdruck auf die Renditen. So ent-

wickelten sich beispielsweise Bundesanleihen im Jahresverlauf zeitlich versetzt in Anlehnung an das allgemein gesellschaftliche Klima.

Zum Jahresende waren es dann die Notenbanken, die einen erneuten Anstieg der Renditen auslösten.

Die Fed straffte im Dezember ihren erst im November festgelegten Tapering-Plan deutlich. Damit wurden an den Märkten mehrere Zinsschritte der US-Notenbanken im Jahr 2022 für wahrscheinlich gehalten, was die Renditen nach oben zog. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf die EZB, dem US-Vorbild zu folgen und einen konkreten Ausstiegsplan vorzulegen. Obgleich die europäischen Währungshüter wenig greifbare Signale in diese Richtung vorlegten, bewegten sich die Renditen zum Jahresende auch im Euroraum deutlich aufwärts.

So lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei -0,18 % und hatte sich damit über das gesamte Jahr hinweg wieder sichtbar in Richtung der 0 %-Marke bewegt. Ein Jahr zuvor war die Rendite noch 40 Basispunkte höher gewesen.

In den USA lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum Jahresultimo bei 1,50 %, 59 Basispunkte höher als ein Jahr zuvor. Der transatlantische Zinsspread erhöhte sich dadurch im Jahresverlauf wieder, nachdem er sich im Jahr 2021 im Vorjahresvergleich verengt hatte.

Euro schwächt sich ab

Die europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf gegenüber dem US-Dollar moderat ab. Eine wesentliche Ursache hierfür waren die unterschiedlichen Wachstums- und Zinsperspektiven der beiden Währungsräume. Zum Jahresschluss notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,1326 US-Dollar, das waren 7,7 % weniger als ein Jahr zuvor.

DAX schließt mit solidem Plus

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Corona-Impfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten. Dies entspricht einem Plus gegenüber dem Jahresbeginn von 13,2 %. Nicht an dem Aufschwung teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich. In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit

erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsen die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet.

Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Die Fed entschied sich, ihre Anleihekäufe schneller als zunächst geplant zurückzuführen, und die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken den Leitzins.

Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Corona-Variante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich jedoch gleichzeitig als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden – ähnlich einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 % höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 %. Im gleichen Zeitraum legte der Dow Jones um 18,7 % auf 36.338,30 Punkte zu.

4 Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

4.1 Wesentliche Bilanzgrößen

Die Bilanzsumme der Bank erhöhte sich im Geschäftsjahr um 2,8 %.

| Bilanz | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|-------------|----------------------|-----------------|---------------------|-----|
| Bilanzsumme | 6.598.182 | 6.419.895 | 178.287 | 2,8 |

Die Geschäftsentwicklung im aktiven Privatkundengeschäft verlief im Jahr 2021 leicht abschmelzend. Die Kundenforderungen verringerten sich um 4,4 %. Dies entspricht unserer seit 2020 restriktiveren Kreditpolitik.

Die Entwicklung des Neugeschäfts in Baufinanzierungen konnte im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg verzeichnen. Die Neuzusagen für Baufinanzierungen einschließlich Prolongationen beliefen sich auf

263,1 Mio. EUR (Vorjahr 219,3 Mio. EUR). Bei den Konsumentenkrediten konnte ein Absatzvolumen von 5,7 Mio. EUR (Vorjahr 12,6 Mio. EUR) erreicht werden. Hier zeigt sich insbesondere die zunehmende Vermittlung des Geschäfts an unseren Kooperationspartner TeamBank mittels seines easyCredit-Angebots.

| Aktivgeschäft | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|--------------------------------|----------------------|-----------------|---------------------|------|
| Kundenforderungen | 2.337.251 | 2.443.918 | -106.667 | -4,4 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 1.068.729 | 979.449 | 89.280 | 9,1 |
| Wertpapiere | 2.979.527 | 2.719.429 | 260.098 | 9,6 |

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Geschäftsjahr um 9,1 %. Hintergrund dieser Veränderung sind die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Kundeneinlagen, die als Liquidität der Bank bei der genossenschaftlichen Zentralbank verwahrt werden. Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 9,6 %. Trotz des anhaltenden negativen Zinsniveaus konnte Liquidität in neuen Wertpapieren, insbesondere in Wertpapieren der genossenschaftlichen Zentralbank, angelegt werden.

Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen.

Wertpapiere mit einem Volumen von 2.980 Mio. EUR wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Wertpapierbestand unserer Bank gab es im Jahr 2021 keine Zahlungsstörungen.

| Passivgeschäft | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|--|----------------------|-----------------|---------------------|------|
| Spareinlagen | 1.330.457 | 1.256.834 | 73.623 | 5,9 |
| Andere Einlagen | 4.627.042 | 4.546.947 | 80.095 | 1,8 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 139.984 | 145.528 | -5.544 | -3,8 |

Die Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 2,6 % auf 5.957 Mio. EUR. In den Spareinlagen unserer Kunden verzeichneten wir einen Anstieg von 73,6 Mio. EUR, das entspricht 5,9 %. Die anderen Einlagen steigerten sich in diesem

Jahr mit 80,1 Mio. EUR um 1,8 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 3,8 %.

4.2 Außerbilanzielle Geschäfte

Derivative Geschäfte mit einem Bestand von 1,69 Mrd. EUR dienten zum Bilanzstichtag der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung. Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise umgesetzt. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

4.3 Dienstleistungsgeschäfte

Im anhaltenden Negativzinsumfeld kommt den zinsunabhängigen Erträgen eine wachsende Bedeutung zu. Daher baut die Bank diese Ertragskomponente seit Jahren kontinuierlich aus.

Der Provisionsertrag konnte gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % auf 54,7 Mio. EUR gesteigert werden.

| Dienstleistungsgeschäfte | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|-----------------------------|----------------------|-----------------|---------------------|------|
| Erträge aus Zahlungsverkehr | 29.093 | 28.643 | 450 | 1,6 |
| Vermittlungserträge | 25.476 | 22.640 | 2.836 | 12,5 |

Zu den Erträgen aus Zahlungsverkehr zählten mit 20,0 Mio. EUR Kontoführungsgebühren sowie mit 9,1 Mio. EUR sonstige Gebühren für bankindividuelle Dienstleistungen. Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft stellten mit 25,5 Mio. EUR darüber hinaus einen wesentlichen Teil der Provisionserträge dar. Das BGH-Urteil vom 27.04.2021 zum AGB-Änderungsmechanismus machte eine explizite Zustimmung der Kunden zum bestehenden Gebührenmodell erforderlich. Aus diesem Sachverhalt resultierte eine Belastung der Ertragslage des Geschäftsjahres.

Die Aufwendungen für Provisionen aus Vermittlungsgeschäften erhöhten sich leicht. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie um 0,5 Mio. EUR und damit 13,0 %, auf 4,6 Mio. EUR.

Trotz der das Jahr 2021 gesellschaftlich prägenden Corona-Pandemie gelang es unserer Bank auch in diesem Jahr, das Geschäft mit den Verbundpartnern insgesamt erfolgreich zu steigern.

Bei unserem Verbundpartner Union Investment konnte die Bank alle Absatz- und Ertragskennzahlen steigern und erreichte, bezogen auf die Kundeneinlagen, das beste Ergebnis unter den Sparda-Banken. Insbesondere die Steigerung des Absatzvolumens sowie das Bestandswachstum führten zu einer Ertragsteigerung um 18,8 %. In der Zusammenarbeit mit der DEVK konnte unsere Bank, trotz eines Rückgangs im Absatz, im Bereich der Versicherungssummen erneut Platz 1 der Sparda-Banken belegen. Bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall reduzierte sich das Absatzvolumen im Vergleich zum Vorjahr.

Unsere Bank konnte das Absatzvolumen des Verbundproduktes easyCredit der TeamBank im Jahr 2021 um 20,2 % gegenüber 2020 steigern und somit den Bestand um 50 % weiter ausbauen. In der Folge fiel der Erfolgsbonus höher aus als im Vorjahr. Diese Kooperation trägt damit weiter zur Stärkung des Provisionsergebnisses bei.

Im Ergebnis stieg der Provisionsüberschuss um 6,0 % und erreichte – mit erstmals mehr als 50 Mio. EUR – den höchsten Stand in der Geschichte der Bank.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl belief sich 2021 im Durchschnitt auf 447 Vollzeitbeschäftigte, 295 Teilzeitbeschäftigte und 46 Auszubildende. Zum Stichtag 31.12.2021 waren in unserer Bank insgesamt 785 Mitarbeitende beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 640 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (672) gesunken. Der Rückgang entspricht den Planungsprämissen der Bank.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betragen 392,5 TEUR (Vorjahr 450 TEUR). Diese resultierten maßgeblich aus regulatorisch erforderlichen Weiterbildungen und Zertifizierungen, der Qualifizierung der Vertriebsmitarbeitenden im Hinblick auf ihre Kredit- und Wertpapierkompetenzen sowie neue Finanzprodukte, Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung sowie aus finanziellen Beteiligungen an nebenberuflichen Fortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements. Dabei blieben die Kosten für Aus- und Weiterbildung im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Die Verringerung des Gesamtbetrages ist auf den pandemiebedingten Rückgang der Reisekosten zurückzuführen.

Den Herausforderungen der Pandemie wurde im gesamten Geschäftsjahr mit angepassten und kontinuierlich weiterentwickelten Hygiene- und Schutzkonzepten sowie umfassenden mobilen Arbeitsmöglichkeiten begegnet, wobei eine kontinuierliche Erreichbarkeit für unsere Kundinnen und Kunden an den Standorten, telefonisch wie auch digital sichergestellt wurde. Für die Mitarbeitenden wurden vorausschauend die Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten weiter ausgebaut. In diesem Zusammenhang wurden ergänzend vielfältige Formen der sozialen Unterstützung

angeboten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesondert zu verbessern. Es wurden keine pandemiebedingten staatlichen Hilfen in Anspruch genommen.

5 Lage der Sparda-Bank Berlin eG

5.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

| Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|--|-------------------|--------------|------------------|---------|
| Zinsüberschuss | 67.141 | 59.826 | 7.315 | 12,2 |
| Provisionsüberschuss | 50.108 | 47.289 | 2.819 | 6,0 |
| Verwaltungsaufwendungen | | | | |
| a) Personalaufwand | 48.546 | 48.441 | 105 | 0,2 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | 42.991 | 42.384 | 607 | 1,4 |
| Betriebsergebnis vor Bewertung | 19.685 | 14.637 | 5.048 | 34,5 |
| Bewertungsergebnis | -11.270 | -11.692 | 422 | 3,6 |
| Betriebsergebnis nach Bewertung | 8.415 | 2.945 | 5.470 | 185,7 |
| Steueraufwand | 7.034 | 520 | 6.514 | 1.253,0 |
| Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken | 0 | 520 | -520 | -100,0 |
| Jahresüberschuss | 1.381 | 1.905 | -524 | -27,5 |
| Bilanzgewinn | 1.381 | 8.060 | -6.679 | -82,9 |

Der Zinsüberschuss erhöhte sich insgesamt um 12,2 % auf 67,1 Mio. EUR. Die Erhöhung begründet sich maßgeblich aus der Ertragssteigerung der im Eigenbestand gehaltenen Fonds. Negativ hingegen wirkte sich die Erhöhung der Vorsorge für mögliche Zinsnachzahlungen aus langfristigen Prämiensparverträgen aus.

Der Provisionsüberschuss erreichte 50,1 Mio. EUR und lag mit 2,8 Mio. EUR 6,0 % über dem Ergebnis des Vorjahres – ein historischer Höchststand seit Bestehen der Bank.

Die Bruttoerträge steigerten sich somit im Vergleich zum Vorjahr um 10,1 Mio. EUR auf 117,2 Mio. EUR.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht an. Dabei wurde der Personalaufwand auf Vorjahresniveau gehalten, die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich leicht um 1,4 %.

In Summe konnte das Teilbetriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 9,5 Mio. EUR auf 22,9 Mio. EUR gesteigert werden. Das Bewertungsergebnis verringerte sich leicht.

Das Betriebsergebnis nach Bewertung konnte im Vergleich zum Vorjahr somit deutlich gesteigert werden.

Der Steueraufwand der Bank resultiert im Wesentlichen aus der Übertragung einzelner Immobilienfonds aus dem Eigengeschäft in einen neu gegründeten Dachfonds.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Bilanzgewinn um 82,9 %. Das ist maßgeblich auf die im Jahresabschluss 2020 beschlossene Verwendung des im Jahr 2019 gebildeten Gewinnvortrags von 6,2 Mio. EUR zu Gunsten der anderen Ergebnismittel in voller Höhe zurückzuführen. Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR auf 1,4 Mio. EUR.

Die Kapitalrendite gemäß §26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) betrug zum Bilanzstichtag 0,02 %.

5.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr stets gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen wurden jederzeit erfüllt. Die LCR (Liquidity Coverage Ratio) betrug zum Bilanzstichtag 253 %.

Die Anteile wesentlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme entwickelten sich wie folgt:

| Anteil an der Bilanzsumme | Berichtsjahr % | Vorjahr % | Veränderung Prozentpunkte |
|--|----------------|-----------|---------------------------|
| Kundenforderungen | 35,4 | 38,1 | -2,7 |
| Forderungen an Kreditinstitute | 16,2 | 15,3 | 0,9 |
| Wertpapiere | 45,2 | 42,4 | 2,8 |
| Kundeneinlagen | 90,3 | 90,4 | -0,1 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 2,1 | 2,3 | -0,2 |

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2021 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 10,4 Mio. EUR verbunden.

5.3 Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 429.910 Teilhabern zum Stichtag eine

der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands und eine wichtige Größe in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

| Eigenkapital | Berichtsjahr TEUR | Vorjahr TEUR | Veränderung TEUR | % |
|----------------------|----------------------|-----------------|---------------------|-----|
| Gezeichnetes Kapital | 260.161 | 238.653 | 21.508 | 9,0 |
| Rücklagen | 113.005 | 106.030 | 6.975 | 6,6 |

Das gezeichnete Kapital konnte durch die Steigerung der Geschäftsguthaben der Mitglieder unserer Bank um 9,0 % erhöht werden. Die Rücklagen stiegen um 6,6 %. Der wesentliche Teil beruht auf der Zuführung des im Jahr 2019 gebildeten Gewinnvortrags zu den anderen Ergebnisrücklagen in voller Höhe. Darüber hinaus hält die Bank einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 56 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2021 abermals gestärkt werden und erreicht den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Die Gesamtkapitalquote der Bank beläuft sich auf 19,6 % (Vorjahr 21,1 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote betragen jeweils 17,1 % (Vorjahr 17,9 %). Damit wurden die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen jederzeit erfüllt.

Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik unserer Bank. Gleichwohl erwarten wir angesichts der steigenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen tendenziell rückläufige Entwicklungen der Gesamt- und Kernkapitalquote.

5.4 Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Bank

Die Ertragslage der Sparda-Bank Berlin eG konnte im Jahr 2021 trotz der anhaltenden Belastungen des Negativzinsumfelds insgesamt verbessert werden. Der Zinsüberschuss konnte durch ordentliche Erträge im Kunden- und Eigengeschäft deutlich über der ursprünglichen Planung auslaufen. Darüber hinaus trugen das starke Provisionsergebnis und der unter Plan liegende Verwaltungsaufwand zu einem im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Teilbetriebsergebnis bei. Das im Vergleich zur Planung, vor vor dem Hintergrund nicht abschätzbarer Auswirkungen der Corona-Pandemie angenommene, geringere Bewertungsergebnis konnte zur insgesamt verbesserten

Ertragslage beitragen. Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden. Im Anlagevermögen bestanden weiterhin Wertminderungen, die als vorübergehend eingestuft werden. Die verbesserte Ertragslage unterstützte eine Vorwegnahme steuerlicher Aufwendungen für Eigenanlagen in Folgejahren. Kapitalausstattung und -reserven wurden 2021 ein weiteres Mal gestärkt.

Der Jahresüberschuss sank im Vergleich zum Vorjahr moderat auf 1,4 Mio. EUR ab.

Das nunmehr siebte Jahr in Folge erreicht unsere Bank die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen.

6 Erklärung zur Unternehmensführung

Im Jahr 2015 wurde das „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ seitens der Bank umgesetzt. Die aktuell festgelegte Zielgröße für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen beträgt 27 %. Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote 17 %. Für die Besetzung des Vorstandes gilt eine Zielgröße von 0 %. Beide Zielfestsetzungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis zum 30.06.2022.

Der Vorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten und zweiten Führungsebene mit Frauen Zielgrößen für den Zeitraum bis 30.06.2022 festgelegt. Die Zielgröße für die erste Führungsebene beträgt 25 %, für die zweite Führungsebene 50 %. Zum Bilanzstichtag betrug der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene 18 %, in der zweiten Führungsebene 67 %.

Mit Ablauf der Bezugszeiträume der genannten Zielgrößen werden Aufsichtsrat und Vorstand im Jahr 2022 unter Beachtung des „Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ über die Zielgrößen beraten und sie neu festlegen.

7 Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Neben dem Lagebericht veröffentlicht die Bank jedes Jahr eine nichtfinanzielle Erklärung nach den Vorgaben des

Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Die DNK-Erklärung erfüllt die gesetzliche Berichtspflicht nach dem CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG). Darin wird jährlich und fortlaufend zu den Bereichen Strategie, Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft berichtet.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Bundesanzeiger offengelegt. Darüber hinaus verlinkt die Website unserer Bank auf die öffentlich zugängliche Datenbank des DNK.

8 Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

8.1 Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenziale aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Der Vorstand wird turnusmäßig über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests informiert. Die Berichterstattung erfolgt darüber hinaus an alle steuerungsrelevanten Bereiche der Bank und den Aufsichtsrat.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt – in Anlehnung an richtunggebende

aufsichtliche Verlautbarungen – aus barwertiger Sicht in der Ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der Normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 323 Mio. EUR im Rahmen der Ökonomischen Perspektive.

Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depots A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Aufgrund vorteilhafter Marktbedingungen und relativer wirtschaftlicher Stärke der Bank konnte einer der größten Risikotreiber des Kreditrisikos, eine italienische Staatsanleihe im Asset-Swap-Paket mit einer Laufzeit bis 2039, im Geschäftsjahr 2021 vollständig veräußert werden.

Weiterhin konnte für latente Rechtsrisiken aus Urteilen zum AGB-Änderungsmechanismus, zu Prämiensparverträgen und zu Verwahrtgelten eine umfangreiche Risikovorsorge gebildet werden.

8.2 Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die von der parCIT bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts sowie des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einleiten zu können. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind – vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts – als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechtlich besichert, so dass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Kreditrisiken in den Wertpapieranlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass als

Schwerpunkt Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet und durch ein Struktur- und Einzelnamenlimitsystem operationalisiert.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der Ökonomischen Perspektive mit einem analytischen Modell gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten. Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der Normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge (Kreditrisiko-Standardansatz) angesetzt. In adversen Szenarien (z. B. schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie z. B. Ratingverschlechterungen unterstellt.

8.3 Marktrisiken

Unsere Bank geht Marktrisiken in den Bereichen Zinsen, Fonds und Volatilitäten ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktrisiken für unsere Bank bestehen in den zins- und kursabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zinsbuches zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuches dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Es ist sichergestellt, dass Eigengeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2021 keine Umsätze getätigt.

Unsere Bank stärkt die Erträge durch Beimischung von Immobilienfonds und Private Equity-/Mezzanine-Dachfonds zum Portfolio. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Benchmarkingverfahren werden qualifizierte Risikoabschläge für jeden Fonds ermittelt und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Zinsänderungsrisiken in der Ökonomischen Perspektive mit einem

Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Messung erfolgt unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive werden im adversen Szenario (schwerer konjunktureller Abschwung) die periodischen Auswirkungen weiterer Zinssenkungen im Mittelfristplanungshorizont simuliert.

8.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute hat unsere Bank stets übererfüllt. Die Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, so dass darüber hinaus die Liquiditätsversorgung jederzeit gewährleistet ist. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen waren die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie die Refinanzierung bei der EZB jederzeit möglich.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken werden von unserer Bank im Rahmen von turnusmäßigen Liquiditätsstresstests, einem implementierten Liquiditätsmanagement, eingerichteten Notfallplänen und einer Überwachung aufsichtlicher Liquiditätskennzahlen gesteuert. Hierunter subsumiert die Bank auch den liquiditätsrisikoinduzierten Teil der Reputationsrisiken.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten und -nutzen. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden potenzielle, in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungskosten (Refinanzierungskostenrisiko) als anzurechnender Risikobetrag berücksichtigt.

8.5 Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch Operationelle Risiken (u. a. IT-Risiko, Verhaltensrisiko, Compliance-Risiko, Rechtsrisiko). Auftretende und potenzielle Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden Operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt.

Die Messung erfolgt in der Ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilswerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9 %. In der Normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Basisindikatoransatz berücksichtigt und für den Mittelfristplanungshorizont geplant.

8.6 Strategisches und Geschäftsrisiko

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen vertriebliche Verfehlungen eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden in adversen Szenarien der Normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung.

Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – das Vertriebsmanagement. Das Berichtswesen erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

Im Oktober 2021 wurden im Zuge staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen verschiedene andere Banken im Zusammenhang mit sogenannten Cum-ex-Transaktionen auch die Geschäftsräume unseres Hauses durchsucht. Wir kooperieren diesbezüglich selbstverständlich mit den Ermittlungsbehörden und haben eine Steuer-Rechtsanwaltskanzlei mit einer Untersuchung des Sachverhalts beauftragt. Auf Basis dieser Untersuchung können wir keine nennenswerten rechtlichen oder steuerlichen Risiken für unser Haus erkennen.

8.7 Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen und -grenzen sowie inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je relevantem Risikomodelle. Der Risikobeitrag findet in der Normativen Perspektive in den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP) Eingang.

8.8 Globale Einflussfaktoren

Die Bank hat in ihrem institutsspezifischen Risikouniversum drei globale Einflussfaktoren definiert. Diese bezeichnen wesentliche Risikotreiber, welche in fast allen Risikoarten wirken. Neben der Risikoinventur werden diese vor allem in Szenariobetrachtungen und Parametrisierungen im Zuge von Validierungen berücksichtigt.

Die ESG-Einflüsse sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Bank haben kann. Die turnusmäßige Risikoinventur dient als Bestandsaufnahme der aktuellen Handlungsfelder der Bank. Auf dieser Grundlage werden Nachhaltigkeitsrisiken im Zusammenhang mit den wesentlichen Risikoarten und im Limitsystem berücksichtigt. Potenzielle Einflüsse werden im Rahmen der Risikosteuerung – u. a. im Operationellen Risiko – berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit dem BVR nahm die Bank als Pilotinstitut zur Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Banksteuerung teil. Dabei konnten relevante Handlungsfelder identifiziert und erste Maßnahmen umgesetzt werden.

Politische Einflüsse sind mögliche nachteilige Ereignisse für die Bank, welche durch politische Kräfte, wie Behörden oder die Regierung, sowie Ereignisse, wie soziale Konflikte oder politische Gewalt, entstehen können. Dazu zählen neben staatlichen Eingriffen auch die EZB-Politik und veränderte Auslegungen bisheriger Regelungen oder Gesetze.

Risikokonzentrationen entstehen aus einer Häufung von Risikopositionen, die bei Eintreten von bestimmten Ereignissen oder Entwicklungen gleich oder ähnlich reagieren. Konkret ist darunter ein Klumpenrisiko zu verstehen, das sich aus einer ungünstigen Verteilung von z. B. Kunden, Volumina oder Sicherheiten in unterschiedlichen Dimensionen, z. B. Produkte oder Regionen, ergibt und sich negativ auf Erträge oder Risiken auswirkt bzw. negative Impulse verstärkt. Mit einer generell festgestellten Konzentration ist keine Wertung verbunden. Das bedeutet, dass Konzentrationen nicht per se negativ zu beurteilen sind. Vielmehr dient ihre Identifikation dem Steuerungsprozess der wesentlichen Risiken der Bank.

8.9 Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Mittelfristplanung. Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitgliederbasis im Fokus. Strenge Nebenbedingungen der Mittelfristplanung sind die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess der Bank verankert und wird turnusmäßig jährlich sowie bei gegebenem Anlass durchlaufen.

8.10 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2021 gegeben. Das Verhältnis des

Gesamtrisikos zum Risikodeckungspotenzial beträgt in der Ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rund 41 %. Die Kapitalauslastung in der Säule I beträgt 73,2 %, inkl. 1,4 % Management-Puffer. Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen.

Während des gesamten Geschäftsjahres 2021 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Unserer Bank ist es trotz pandemiebedingten, geschäftsbetriebseinschränkenden Umständen gelungen, zusätzliche Vorsorgereserven zu bilden. Darüber hinaus konnte eine umfängliche Risikovorsorge für latente Rechtsrisiken gebildet werden.

Vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als vorübergehend angesehen. Die auf Wertminderung überprüften Positionen zeichnen sich durch ein sehr gutes Rating und Besicherung durch einen Deckungsstock aus.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2022 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

9 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Überarbeitung der Unternehmensstrategie im Jahr 2021 erfolgte unter Würdigung der sich stetig und gleichsam dynamisch verändernden Markt- und Rahmenbedingungen und deren konkreter Einflüsse auf die künftige geschäftliche Entwicklung der Bank. Diese sind im Einzelnen nachfolgend aufgeführt.

Die Zinspolitik der Zentralbanken stellt einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis der Bank dar. Seit Jahren bewirkt das anhaltende Niveau negativer Geld- und Kapitalmarktsätze einen nachhaltigen Rücklauf der Margen im Kundeneinlagengeschäft mit entsprechend negativer Wirkung auf das Zinsergebnis der Bank.

In diesem Zusammenhang ergibt sich eine ähnlich herausfordernde Situation für das Kundenkreditgeschäft; sowohl für die Konsum- als auch für die Baufinanzierung. Während das aktuelle Zinsumfeld grundsätzlich nachfrageunterstützend wirkt, belastet dies gleichsam eine auskömmliche Bepreisung dieser Bankdienstleistungen. Ein in seiner hohen Intensität unveränderter Preiswettbewerb verstärkt zudem den Druck auf die produktspezifischen Margen und damit auf den Zinsertrag. Insbesondere die anhaltend steigende, in Teilen sehr dynamische Preisentwicklung von Wohnimmobilien wird aufsichtlich als akutes Risiko für

Banken betrachtet und zum Anlass genommen, die Eigenkapitalunterlegungsanforderung für Baufinanzierungen massiv zu erhöhen. Eine zusätzliche Belastung der Rentabilität dieser Bankdienstleistung ist daher in hohem Maße zu erwarten.

Die Bankenaufsicht plant für das Jahr 2023 die Aktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers sowie die Einführung eines Systemrisikopuffers auf mit Wohnimmobilien besicherte Risikopositionen. Die Auswirkungen der Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers in Deutschland von 0 % auf 0,75 % ab dem 01.02.2023 sowie die geplante Einführung eines Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienfinanzierungen in Höhe von 2 % wurden analysiert und bewertet. Die zusätzlichen Kapitalpufferanforderungen können im mittelfristigen Planungshorizont jederzeit erfüllt werden.

Mit dem Zinsumfeld einher geht auch die herausfordernde Situation für das Eigengeschäft, angemessene Erträge innerhalb des Risikoprofils der Bank zu generieren, da die entsprechenden Anlagemöglichkeiten weiterhin in ihrer Verfügbarkeit stark begrenzt bzw. durch die vornehmlich negativen Renditen unrentabel sind. Für die Bank führt das wiederum zu einer GuV-belastenden, überzogenen Liquiditätshaltung. Der verfassungsrechtlich fragwürdige und mit -0,5 % unverändert negative EZB-Einlagesatz erschwert somit ein nachhaltig rentables Bankgeschäft, so dass – unter einem Fortbestehen dieser Rahmenbedingungen – die zukünftige Geschäftsentwicklung der Bank eine grundlegende Herausforderung bleibt. Eine grundsätzliche Abkehr von der gegenwärtigen Negativzinspolitik würde das zukünftige Ertragsprofil der Bank maßgeblich begünstigen.

Eine anhaltend risikobehaftete Situation weist das Provisionsergebnis der Bank auf. Obwohl einer unverändert konsequenten, aufwandsinduzierten Preissteuerung von Bankdienstleistungen eine signifikante Relevanz zukommt, schränken Reglementierungen und einschlägige Rechtsprechungen die Durchsetzung des Preis- und Gebührenkatalogs weiterhin stark ein. Zuspitzend stellen insbesondere jüngste gerichtliche Entscheidungen die Rechtmäßigkeit von langjährigen, zum Teil branchenübergreifend etablierten Mechanismen zur Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder des Preis- und Gebührenkatalogs grundsätzlich in Frage. Branchenweit und damit auch für die Sparda-Bank Berlin entstehen so erhebliche prozessuale und finanziell aufwändige Anpassungsnotwendigkeiten. Das Risiko, ob und in welchem Umfang bereits vereinnahmte Gebühren durch Kundinnen und Kunden geltend gemacht und zurückerstattet werden müssen, ist entsprechend der hauseigenen und verbandsweiten juristischen Bewertung über die Bildung von Rückstellungen umfassend berücksichtigt. Die seitens der Politik unklaren Vorgaben zu rechtssicheren, zukünftigen Anpassungen hinterlassen auch weiterhin Umsetzungsrisiken.

Einer möglichen Steigerung der Wertbeiträge aus dem Verbundgeschäft kommt zur Teilkompensation wegfallender bzw. geschwächter Ertragspositionen daher auch weiterhin eine wesentliche Rolle zu.

Seit nunmehr zwei Jahren dominiert das Thema COVID-19-Pandemie das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umfeld. Trotz einer mittlerweile hohen Immunität in der Bevölkerung haben veränderte Virusvarianten die Aufrechterhaltung der Anforderungen an die Überwachung und Eindämmung des Infektionsgeschehens zur Folge. Die Bank hielt im Geschäftsjahr weiterhin uneingeschränkt am Mobilitätsgebot im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten sowie an ausgedehnten Testpflichten und Hygienevorschriften fest und begrenzte somit unverändert erfolgreich die gesundheitlichen Risiken für Beleg- und Kundschaft. Auch in Zukunft wird die Bank an einem hohen Niveau mobiler Arbeitsformen festhalten.

Das sich fortwährend verändernde Kundenverhalten ist ein weiterer wesentlicher Faktor innerhalb der prognostizierten Rahmenbedingungen. Die digitale Transformation von Dienstleistungen in Form von Onlinefähigkeit, digitalen Kontaktwegen, aber auch automatisierten Bearbeitungsprozessen wird aus Sicht von Kundinnen und Kunden unaufhaltsam zur Basisanforderung und für Banken zum kritischen Erfolgsfaktor. Abgeleitet aus der Unternehmensstrategie fokussiert sich die Bank genau auf diese Kundenbedürfnisse und auf die weitreichenden Chancen der Digitalisierung. Mit hoher Priorität werden alle Aktivitäten rund um digitale Kundenerlebnisse und direkte Onlineabschlussfähigkeit vorangetrieben. Die damit verbundenen notwendigen Investitionen belasten ebenso die Aufwandseite wie die Bewältigung der weiter steigenden regulatorischen Anforderungen.

Die Bank nutzt den pandemiebedingt gestiegenen Bedarf an mobiler Arbeit – aber auch die skizzierten veränderten Kundenbedürfnisse – als Chance, um den strategischen Schwerpunkt auf überwiegend orts- und zeitflexible Arbeit und Kundenberatung weiter voranzutreiben. Dabei wird die bisherige Abhängigkeit von spezifischen oder nur einzelnen Standorten aufgehoben und durch immer mehr technische Möglichkeiten ersetzt. Der Bank kann es so gelingen, auf pauschale und flächendeckende Filialschließungen zu verzichten und dennoch Strukturkosten des Standortportfolios gegenüber dem Status quo deutlich zu senken, Personalressourcen effizienter einzusetzen und positiv auf die Ergebnislage wirken zu lassen.

Die gesamte Ergebnisentwicklung der Bankenbranche wird durch die vorgenannten Einflussfaktoren geprägt sein. Der Konsolidierungsdruck wird weiter erhalten bleiben.

Unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen konzentriert sich die Unternehmensstrategie der Bank zusammenfassend auf das nachhaltige Fortbestehen des

Unternehmens und setzt dabei wirtschaftlich sowohl auf die Optimierung der Kosten als auch auf eine Stabilisierung der Erträge. Die Stärkung der eigenen Veränderungsfähigkeit, die Fokussierung auf die Kundenbedürfnisse, das Erkennen und Nutzen von Digitalisierungschancen sowie die Stärkung der Identität und der Bekanntheit der Marke Sparda-Bank Berlin als wichtiges Differenzierungsmerkmal sind ebenfalls in der Strategie verankert. Darüber hinaus nimmt die Bank ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und widmet sich nunmehr strategisch den UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) als Chance im herausfordernden Marktumfeld.

Mit diesen strategischen Tätigkeitsschwerpunkten ist die Bank in der Lage, effizient und diszipliniert, mit einer hohen Kundenwirkung über einen Omnikanalansatz erfolgreich den künftigen Herausforderungen begegnen zu können.

Die zu Beginn des Jahres 2022 im Russland-Ukraine-Krieg auftretenden, geopolitischen Spannungen belasten die Aussichten der Weltwirtschaft. Weltweite Sanktionen treffen Wirtschaftszweige mit Bezug zu oder Abhängigkeit von Russland. Das Geschäftsmodell der Bank mit dem Fokus auf Privatkunden ist in unmittelbarer Konsequenz nicht betroffen. Sowohl im Eigen- als auch im Kundengeschäft unterhält die Bank keine direkten Investments mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Russland, in krisenbetroffene Gebiete sowie in ukrainische oder russische Unternehmen oder Währung. Indirekte Beteiligungen über Dachfondsinvestments bestehen im geringen Ausmaß. Durch die seit Kriegsausbruch noch stärker steigenden Energiepreise ist mit einer weiter steigenden Inflationsrate zu rechnen, die sich mittel- bis langfristig auf die Haushaltseinkommen auswirken und damit das Kundengeschäft zusätzlich belasten kann.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen – sowohl im Eigen- als auch im Kundengeschäft der Bank – bei weiterhin anhaltendem Negativzinsumfeld erwartet die Bank in den kommenden Geschäftsjahren ein leicht rückläufiges Zinsergebnis sowie ein über den Vorjahren liegendes Provisionsergebnis.

Der beschriebene, voraussichtliche Geschäftsverlauf basiert auf einer Vielzahl von Prognosen. Dies sind insbesondere Annahmen zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Rahmenbedingungen, Absatzvolumina und Margen. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung kann daher – insbesondere vor dem Hintergrund der nicht abschließend absehbaren Entwicklungen der Pandemie, des Krieges in der Ukraine sowie der signifikanten Inflationsentwicklungen in Verbindung mit einem unverändert zögerlichen Agieren der EZB und deren Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft – von dem voraussichtlichen Geschäftsverlauf abweichen.

Berlin, 21. April 2022

Der Vorstand

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2021 hat der Aufsichtsrat insgesamt zehn Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikoberichte und -strategie. Des Weiteren waren die zukünftigen Herausforderungen und die damit notwendigen Veränderungen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2021 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet und beraten.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses sowie die DNK-Erklärung zur Nachhaltigkeit hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden.

Der Aufsichtsrat wird in diesem Jahr erneut gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungs-

eigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie den Jahresabschluss zum 31.12.2021 feststellen und in der Vertreterversammlung von dem Ergebnis berichten.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vom Vorstand vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2022 scheidet turnusmäßig – durch den Ablauf der Amtsperiode gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung – Lutz Bernhardt und Holger Herzog aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern des Aufsichtsrats ist – unter Beachtung von § 24 Abs. 5 der Satzung – zulässig.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen außerordentlichen Dank aus. Bereits im Jahre 2020 waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank – bedingt durch die COVID-19-Pandemie – sehr gefordert. Nicht minder belastend waren die Herausforderungen im Jahr 2021. Es ergaben sich neben der COVID-19-Pandemie weiter verschärfende Rahmenbedingungen im Banken- und Finanzsektor, die nur mit einem zusätzlichen Kraftaufwand bewältigt werden konnten. Vorstand sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben den Geschäftsbetrieb der Bank für Kundinnen und Kunden unter diesen schwierigen Bedingungen zuverlässig aufrechterhalten. Dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank, Anerkennung und vor allem Wertschätzung für die geleistete Arbeit.

Berlin, 5. Mai 2022

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

Jahresbilanz zum 31.12.2021

| Aktivseite | EUR | EUR | EUR | Geschäftsjahr EUR | Vorjahr TEUR |
|--|------------------|------------------|------------------|----------------------|-----------------|
| 1. Barreserve | | | | | |
| a) Kassenbestand | | | 60.494.858,56 | | 77.689 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | | 31.864.501,48 | | 6.645 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 31.864.501,48 | | | | (6.645) |
| c) Guthaben bei Postgiroämtern | | | - | 92.359.360,04 | - |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | | | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen | | | - | | - |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar | - | | | | (-) |
| b) Wechsel | | | - | | - |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | | |
| a) täglich fällig | | | 1.002.172.830,01 | | 912.971 |
| b) andere Forderungen | | | 66.555.965,33 | 1.068.728.795,34 | 66.479 |
| 4. Forderungen an Kunden | | | | 2.337.251.280,60 | 2.443.918 |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | 1.448.305.401,00 | | | | (1.512.505) |
| Kommunalkredite | - | | | | (-) |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | | - | | - |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | - | | | | (-) |
| ab) von anderen Emittenten | | | - | | - |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | - | | | | (-) |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | 34.017.120,17 | | | 57.332 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 34.017.120,17 | | | | (57.332) |
| bb) von anderen Emittenten | | 1.932.659.674,98 | 1.966.676.795,15 | | 1.792.449 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 1.932.659.674,98 | | | | (1.746.957) |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | | - | 1.966.676.795,15 | - |
| Nennbetrag | | | - | | (-) |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | | 1.012.850.257,07 | 869.648 |
| 6 a. Handelsbestand | | | | - | - |
| 7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften | | | | | |
| a) Beteiligungen | | | 11.435.642,25 | | 11.275 |
| darunter: an Kreditinstituten | | | - | | (-) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | | - | | (-) |
| b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften | | | 8.050,00 | 11.443.692,25 | 8 |
| darunter: bei Kreditgenossenschaften | | | - | | (-) |
| bei Finanzdienstleistungsinstituten | | | - | | (-) |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | | |
| darunter: an Kreditinstituten | | | - | | (-) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | | | - | | (-) |
| 9. Treuhandvermögen | | | | | |
| darunter: Treuhandkredite | | | - | | (-) |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | | | | | |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | | | | | |
| a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | | - | | - |
| b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | | 117.204,53 | | 150 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | | | - | | - |
| d) Geleistete Anzahlungen | | | - | 117.204,53 | - |
| 12. Sachanlagen | | | | 8.684.496,35 | 9.251 |
| 13. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | 99.083.982,07 | 171.869 |
| 14. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 984.560,45 | 157 |
| 15. Aktive latente Steuern | | | | | |
| 16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung | | | | 1.360,00 | 54 |
| Summe der Aktiva | | | | 6.598.181.783,85 | 6.419.895 |

| Passivseite | EUR | EUR | EUR | Geschäftsjahr EUR | Vorjahr TEUR |
|---|------------------|------------------|----------------|-------------------------|------------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | | |
| a) täglich fällig | | | 4.800,08 | | 5 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | 139.979.080,75 | 139.983.880,83 | 145.524 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 1.330.457.103,82 | | | | 1.256.834 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | - | 1.330.457.103,82 | | | - |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | | |
| ba) täglich fällig | 4.626.873.016,92 | | | | 4.546.644 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 168.725,89 | 4.627.041.742,81 | | 5.957.498.846,63 | 304 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | - | | - |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | | - | | - |
| darunter: Geldmarktpapiere | - | | | | (-) |
| eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | - | | | | (-) |
| 3 a. Handelsbestand | | | | | |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | | | |
| darunter: Treuhandkredite | - | | | | (-) |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | 3.085.575,14 | 3.545 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 872.564,62 | 914 |
| 6 a. Passive latente Steuern | | | | | |
| 7. Rückstellungen | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | 7.768.676,00 | | 8.714 |
| b) Steuerrückstellungen | | | 3.711.589,54 | | - |
| c) andere Rückstellungen | | | 19.401.628,83 | 30.881.894,37 | 13.357 |
| 8. | | | | | |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | | 35.312.181,07 | 35.312 |
| 10. Genusrechtskapital | | | | | |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | - | | | | (-) |
| 11. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | 56.000.000,00 | 56.000 |
| darunter: Sonderposten n. § 340 e Abs. 4 HGB | - | | | | (-) |
| 12. Eigenkapital | | | | | |
| a) Gezeichnetes Kapital | | | 260.161.171,55 | | 238.652 |
| b) Kapitalrücklage | | | 16.762.384,77 | | 16.762 |
| c) Ergebnisrücklagen | | | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | 35.842.261,75 | | | | 35.023 |
| cb) andere Ergebnisrücklagen | 60.400.098,48 | | | | 54.245 |
| cc) | - | 96.242.360,23 | | | - |
| d) Bilanzgewinn | | 1.380.924,64 | | 374.546.841,19 | 8.060 |
| Summe der Passiva | | | | 6.598.181.783,85 | 6.419.895 |
| 1. Eventualverbindlichkeiten | | | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | | | - | | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 1.344.856,33 | | 1.047 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | | | - | 1.344.856,33 | - |
| 2. Andere Verpflichtungen | | | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | | | - | | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | | - | | - |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | 209.169.481,14 | 209.169.481,14 | 120.141 |
| darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften | - | | | | (-) |

Gewinn- und Verlustrechnung

| für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021 | EUR | EUR | EUR | Geschäftsjahr EUR | Vorjahr TEUR |
|--|---------------|----------------|----------------|----------------------|-----------------|
| 1. Zinserträge aus | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | 59.322.513,95 | | | 67.107 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | 11.134.139,31 | 70.456.653,26 | | 14.588 |
| darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen | 2.455.461,94 | | | | (3.034) |
| 2. Zinsaufwendungen | | | -28.018.563,43 | 42.438.089,83 | -29.546 |
| darunter: erhaltene negative Zinsen | 510.230,92 | | | | (151) |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | | 24.210.004,40 | | 7.677 |
| b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften | | | 493.225,17 | | - |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | - | 24.703.229,57 | - |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | | | - | - |
| 5. Provisionserträge | | | 54.692.503,17 | | 51.345 |
| 6. Provisionsaufwendungen | | | -4.584.377,28 | 50.108.125,89 | -4.056 |
| 7. Nettoertrag des Handelsbestands | | | | - | - |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | | | 5.122.521,07 | 5.386 |
| 9. | | | | - | - |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | -39.892.012,51 | | | -39.743 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | -8.653.550,68 | -48.545.563,19 | | -8.698 |
| darunter: für Altersversorgung | -1.451.481,90 | | | | (-1.471) |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | -42.990.837,74 | -91.536.400,93 | -42.385 |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | | -2.763.877,02 | -2.853 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | | -8.386.190,43 | -4.186 |
| darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen | | -316.190,21 | | | (-415) |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | -3.865.335,01 | | -3.976 |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | - | -3.865.335,01 | - |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | -7.404.857,00 | | -7.715 |
| 16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | | - | -7.404.857,00 | - |
| 17. Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | | - | - |
| 18. | | | | - | - |
| 19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | | 8.415.305,97 | 2.945 |
| 20. Außerordentliche Erträge | | | - | | - |
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | | | - | | - |
| 22. Außerordentliches Ergebnis | | | | - | (-) |
| 23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | | -7.034.041,56 | | -520 |
| 24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | | | -339,77 | -7.034.381,33 | - |
| 24 a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | - | -520 |
| 25. Jahresüberschuss | | | | 1.380.924,64 | 1.905 |
| 26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | | | - | 6.155 |
| | | | | 1.380.924,64 | 8.060 |
| 27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen | | | | | |
| a) aus der gesetzlichen Rücklage | | | - | | - |
| b) aus anderen Ergebnisrücklagen | | | - | | - |
| | | | | 1.380.924,64 | 8.060 |
| 28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen | | | | | |
| a) in die gesetzliche Rücklage | | | - | | - |
| b) in andere Ergebnisrücklagen | | | - | | - |
| | | | | 1.380.924,64 | 8.060 |
| 28 a. | | | | - | - |
| 29. Bilanzgewinn | | | | 1.380.924,64 | 8.060 |

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken wurden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Grundlage des IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken sind ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Bei diesen Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert bewertet.

Latente Steuern

Als Differenz zwischen steuer- und handelsrechtlicher Gewinnermittlung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände, andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken. Passive Steuerlatenzen ergeben sich insbesondere in der Rückstellungsposition Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 1.360 EUR aktiviert.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Vom Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung betrug zum 31.12. 2021 51.967,96 EUR.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Die Verpflichtungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit wurde der Barwert angesetzt.

Im Geschäftsjahr wurden die Berechnungsgrundsätze für die Pensionsrückstellungen modifiziert. Zukünftige Rentenanpassungen werden allgemein in Höhe von 2 % bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1 % in die Bewertungen einbezogen. Für die Rückstellungen aus Altersteilzeit werden als Lohn- und Gehaltstrend 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2021 (1,87 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 960.618 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 11.509.969 EUR. Diese entsprechen dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach R 6 Abs. 23 EStR durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 11.508.609 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 7.768.676 EUR.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 54.242 EUR verrechnet.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Zur Berechnung eines etwaigen Rückstellungsbedarfes werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und die barwertigen Risiko- und Verwaltungskosten von dem positiven Überschuss abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Für die Ermittlung des Rückstellungsbedarfes wird im IDW RS BFA 3 n. F. auf die Maßgeblichkeit der internen Risikosteuerung verwiesen. Im Unterschied zum bislang angewandten vereinfachten Rückstellungstest erfolgte erstmals eine barwertige Ermittlung der Risiko- und Verwaltungskosten in Anlehnung an die Methodik zur Ermittlung der ökonomischen Risikotragfähigkeit. Nach dem Ergebnis der Berechnungen war zum 31.12.2021 keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31.12.2021 handelt es sich ausschließlich um Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden gewährt, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Sie umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag, gekürzt um den Betrag einer im Geschäftsjahr passivierten Pauschalrückstellung, abgebildet. Die Ermittlung dieser Rückstellung erfolgte analog der Pauschalwertberichtigung für Forderungen an Kunden.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo wird vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

| | Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. | Zugänge | Umbuchungen (+/-) | a) b) | Abgänge Zuschüsse | Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag | Buchwerte am Bilanzstichtag | Buchwerte Vorjahr |
|---|--|-----------|----------------------|----------|----------------------|--|-----------------------------------|----------------------|
| | EUR | EUR | EUR | | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Immaterielle Anlagewerte | 902.077 | 77.568 | - | a) b) | 26.540 - | 953.105 | 117.205 | 149.865 |
| Sachanlagen | | | | | | | | |
| Betriebs- und Ge- schäftsausstattung | 41.925.026 | 2.404.733 | - | a) b) | 4.964.059 - | 39.365.700 | 8.684.496 | 9.250.663 |
| a | 42.827.103 | 2.482.301 | - | a) b) | 4.990.599 - | 40.318.805 | 8.801.701 | 9.400.528 |

| | Abschreibungen (kumuliert) 01.01. | Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) | Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen | Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen | Abschreibungen Geschäftsjahr | Zuschreibungen Geschäftsjahr | Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag |
|---|---|---|---|--|---------------------------------|---------------------------------|--|
| | EUR | (+) EUR | (-) EUR | (+/-) EUR | EUR | EUR | EUR |
| Immaterielle Anlagewerte | 752.212 | - | 26.109 | - | 109.797 | - | 835.900 |
| Sachanlagen | | | | | | | |
| Betriebs- und Ge- schäftsausstattung | 32.674.363 | - | 4.647.239 | - | 2.654.080 | - | 30.681.204 |
| a | 33.426.575 | - | 4.673.348 | - | 2.763.877 | - | 31.517.104 |

| | Anschaffungskosten 01.01. | Veränderungen (saldiert) | Buchwerte am Bilanzstichtag |
|--|------------------------------|-----------------------------|--------------------------------|
| | EUR | EUR | EUR |
| Wertpapiere des Anlagevermögens | 2.740.758.674 | 232.718.340 | 2.973.477.014 |
| Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften | 11.693.692 | -250.000 | 11.443.692 |
| b | 2.752.452.366 | 232.468.340 | 2.984.920.706 |
| Summe a und b | 2.795.279.469 | | 2.993.722.407 |

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.001.348.487 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

| | bis drei Monate | mehr als drei Monate bis ein Jahr | mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | mehr als fünf Jahre |
|--|-----------------|-----------------------------------|----------------------------------|---------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3 b) (ohne Bausparguthaben) | 441.352 | - | - | - |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 41.514.245 | 101.617.266 | 490.832.448 | 1.692.380.289 |

In den Forderungen an Kunden sind 10.907.033 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 271.271.501 EUR fällig.

Im Geschäftsjahr wurde ein Dachfonds für Immobilienfonds gegründet. Die Übertragung der einzelnen Immobilienfonds aus dem Eigengeschäft in den Dachfonds erfolgte grundsätzlich mit dem Buchwert.

Es werden Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A 6) gehalten:

| Anlageziele | Buchwert | Zeitwert | Differenzen (Zeitwert/Buchwert) | Erhaltene Ausschüttungen | Tägliche Rückgabe |
|-----------------|-------------|-------------|---------------------------------|--------------------------|-------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | Ja/Nein |
| Renditerwartung | 828.354.457 | 860.930.368 | 32.575.911 | 16.984.944 | Ja |
| Renditerwartung | 184.495.800 | 195.234.972 | 10.739.172 | - | Nein |

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen:

| Name und Sitz | Anteil am Gesellschaftskapital | | Eigenkapital der Gesellschaft | | Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses | |
|---|--------------------------------|------|-------------------------------|------|---|--|
| | % | Jahr | EUR | Jahr | EUR | |
| a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart | 0,2808 | 2021 | 3.209.880.365 | 2021 | 77.363.409 | |
| b) Atruvia AG, Karlsruhe | 0,0002 | 2020 | 447.671.895 | 2020 | 31.511.344 | |

In folgenden Posten sind enthalten:

| | börsenfähig | börsennotiert | nicht börsennotiert | nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere |
|---|---------------|---------------|---------------------|---|
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) | 1.966.676.795 | 1.966.676.795 | - | 500.444.397 |

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen im Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Diese haben bei einem Buchwert von 499.658.243 EUR einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 490.393.529 EUR.

In den Sachanlagen sind enthalten:

| | EUR |
|------------------------------------|-----------|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 8.684.496 |

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| | EUR |
|---|------------|
| Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin) | 81.470.132 |
| Forderungen aus Provisionen | 8.928.174 |
| Steuererstattungsansprüche aus Vorjahren | 6.611.659 |

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 139.746.072 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

| | bis drei Monate | mehr als drei Monate bis ein Jahr | mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | mehr als fünf Jahre |
|---|-----------------|-----------------------------------|----------------------------------|---------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b) | 10.734.200 | 4.346.803 | 23.021.632 | 101.876.446 |
| Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2 ab) | - | - | - | - |
| Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb) | 10.128 | 112.637 | 45.961 | - |

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps von 851.400 EUR (Vorjahr 896.882 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten: Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 833.485 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

| Betrag | Währung | Zinssatz | Fälligkeit |
|------------|---------|----------|------------|
| 4.000.000 | EUR | 2,355 | 27.07.2026 |
| 5.000.000 | EUR | 2,345 | 28.07.2026 |
| 5.000.000 | EUR | 2,500 | 01.08.2028 |
| 5.000.000 | EUR | 2,334 | 03.08.2026 |
| 10.000.000 | EUR | 2,290 | 10.08.2026 |
| 6.000.000 | EUR | 2,517 | 14.10.2026 |

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

| Geschäftsguthaben | EUR |
|---|-------------|
| a) der verbleibenden Mitglieder | 244.510.724 |
| b) der ausscheidenden Mitglieder | 12.259.254 |
| c) aus gekündigten Geschäftsanteilen | 3.391.193 |
| Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile | 77.048 |

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

| | Gesetzliche Rücklage | Andere Rücklagen | Kapitalrücklage |
|--|----------------------|------------------|-----------------|
| | EUR | EUR | EUR |
| Stand 01.01.2021 | 35.022.503 | 54.245.163 | 16.762.385 |
| Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres | 819.759 | 6.154.935 | - |
| Stand 31.12.2021 | 35.842.262 | 60.400.098 | 16.762.385 |

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

| | EUR |
|--|--------------|
| Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 0,500 % | 1.217.752,46 |
| Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen | 138.092,47 |
| Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen | 25.079,71 |
| Insgesamt | 1.380.924,64 |

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Position entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

| Zinsbezogene Geschäfte (Angaben in Mio. EUR) | Nominalbetrag/Restlaufzeit | | | Beizule- gender Zeitwert | Adressen- ausfall- risiko |
|--|----------------------------|----------------|--------------|--------------------------------|---------------------------------|
| | ≤ 1 Jahr | > 1-5 Jahre | > 5 Jahre | | |
| OTC-Produkte | | | | | |
| Zinsswaps (gleiche Währung) | 133,5 | 750,5 | 808,4 | 1.692,4 | -93,7 |

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 1.417 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG.

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

| Passivposten | Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände | Gesamtbetrag in EUR |
|--|--|------------------------|
| 1 b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten | 130.963.537 |

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Zinsergebnis sind 2.455.462 EUR negative Zinsen enthalten, die im Wesentlichen auf das Guthaben der DZ Bank AG entfallen. Erhaltene negative Zinsen aus Verwahrentgelten sind mit 510.151 EUR in den Zinsaufwendungen enthalten. Ferner wird das Zinsergebnis mit einem Betrag von 7.581.116 EUR belastet, der aus negativen Zinsen auf Zinsswaps resultiert.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

| Sonstige betriebliche Erträge | EUR |
|--|-----------|
| Auflösung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten | 1.754.225 |
| Auflösung der Rückstellung für laufende Pensionen | 1.302.600 |

| Sonstige betriebliche Aufwendungen | EUR |
|---|-----------|
| Zuweisung zu Rückstellungen für Rechtsrisiken | 6.355.667 |

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen auf die Gründung des Dachfonds für Immobilienfonds und den damit verbundenen steuerlichen Bewertungsunterschied bei der Einbringung einzelner Immobilienfonds in den Dachfonds. Darüber hinaus entfallen Steuern auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 276.038 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen auf 704.028 EUR.

Ferner wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.585.594 EUR. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 5.104.414 EUR verrechnet.

Bei einer Berechnung nach den zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Grundsätzen und Annahmen ergibt sich zum so ermittelten Barwert ein Unterschiedsbetrag von 306.192 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:

| | EUR |
|------------------------------|---------|
| Mitglieder des Vorstandes | 5.666 |
| Mitglieder des Aufsichtsrats | 320.706 |

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 10.386.875 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutsicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden mit dem Offenlegungsbericht auf unserer Website veröffentlicht.

Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

| | Vollzeitbeschäftigte | Teilzeitbeschäftigte |
|---------------------------|----------------------|----------------------|
| Kaufmännische Mitarbeiter | 447 | 295 |

Außerdem wurden durchschnittlich 46 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr:

| | Anzahl der Mitglieder | Anzahl der Geschäftsanteile | Haftsummen EUR |
|--|-----------------------|-----------------------------|----------------|
| Anfang 2021 | 446.578 | 4.323.495 | 224.821.740 |
| Zugang 2021 | 2.426 | 683.543 | 35.544.236 |
| Abgang 2021 | 19.094 | 302.214 | 15.715.128 |
| Ende 2021 | 429.910 | 4.704.824 | 244.650.848 |
| | | | EUR |
| Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um | | | 20.093.934 |
| Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um | | | 19.829.108 |
| Höhe des Geschäftsanteils | | | 52 |
| Höhe der Haftsumme | | | 52 |

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

| Gesetzlicher Vertreter | Gremium | Kapitalgesellschaft |
|------------------------|--------------|--|
| Frank Kohler | Aufsichtsrat | DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a. G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn |

Mitglieder des Vorstandes:

| | |
|-----------------|-------------------------------------|
| Frank Kohler | Vorsitzender des Vorstandes |
| Martin Laubisch | Stellv. Vorsitzender des Vorstandes |
| Rolf Huxoll | Mitglied des Vorstandes |

Mitglieder des Aufsichtsrats:

| | |
|---------------------------------------|--|
| Torsten Westphal (Vorsitzender) | Beauftragter für Strukturstärkung Kohleregionen bei der DB AG |
| Lutz Bernhardt (stellv. Vorsitzender) | Pensionär |
| Mirko Albrecht | Betriebsratsvorsitzender Marktgebiete der Sparda-Bank Berlin eG |
| Sven Baunack | Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Sparda-Bank Berlin eG |
| Uwe Henschel | Geschäftsstellenleiter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) |
| Holger Herzog | Betriebsrat der DB Netz AG |
| Beate Hukauf | Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG |
| Bianka Matthai (bis 17.06.2021) | Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG |
| Guido Menschner | Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG |
| Ramona Möbius | Referentin fachliche Auftragssteuerung- und Auswertung DB Netz AG |
| Frank Nachtigall (bis 17.06.2021) | Lokomotivführer DB Cargo AG |
| Mario Reiß (seit 17.06.2021) | Betriebsratsvorsitzender der DB Cargo AG |
| Roland Rösner | Abteilungsleiter Finanzen bei der EVG |
| Dietmar Scheel | Vorstand der DEVK |

Berlin, 21. April 2022

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand

Frank Kohler

Martin Laubisch

Rolf Huxoll

Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2021
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2021 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2021 122.372 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 633. Der Gewinn vor Steuern beträgt 8.415 TEUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 7.034 TEUR. Sie entfallen im Wesentlichen auf die Gründung eines Dachfonds für Immobilienfonds und den damit verbundenen steuerlichen Bewertungsunterschied bei der Einbringung einzelner Immobilienfonds in den Dachfonds. Darüber hinaus entfallen Steuern auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk und Zusammenfassende Schlussbemerkungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kredit-

genossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß §322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf

2.337 Mio. EUR. Dies entspricht 35,4 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.980 Mio. EUR. Dies entspricht 45,2 % der Bilanzsumme. Bei der Bewertung der Wertpapiere ergeben sich Ermessensspielräume im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens. Daneben besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Dabei haben wir insbesondere auch die Wertpapierbestände einbezogen, die mit erhöhten Ermessensentscheidungen behaftet sind. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksam-

keit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden An-

nahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 05. Mai 2022

Verband der Sparda-Banken e. V.

i. V. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Herausgeber:
Sparda-Bank Berlin eG
Storkower Str. 101 A
10407 Berlin

www.sparda-b.de